

Hannoveraner Erklärung zur Tarifautonomie

Erklärung der Delegierten des 20. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall

Die Tarifautonomie hat Verfassungsrang – aus gutem Grund!

Mit Besorgnis verfolgen die Delegierten des 20. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall die aktuelle Diskussion über die Zukunft der Tarifautonomie. Union und FDP wollen das Günstigkeitsprinzip abschaffen und Abweichungen von Tarifverträgen durch sogenannte „betriebliche Bündnisse“ ermöglichen.

Wer die Tarifautonomie angreift, rüttelt an einer Säule der sozialen Demokratie.

Tarifverträge haben sich als Instrument zur Ausgestaltung von Lohn- und Arbeitsbedingungen bewährt. Sie schützen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davor, in einen Unterbietungswettkampf zu geraten und sie bieten den Unternehmen Planungssicherheit.

Eine Änderung des Arbeits- und Tarifrechts ist weder sinnvoll noch erforderlich:

- Die Diskussion über das Günstigkeitsprinzip zielt nur vordergründig auf Unternehmen, die sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden. Viele Vereinbarungen der Tarifparteien, mit denen auf besondere betriebliche Rahmenbedingungen und Erfordernisse reagiert wird, belegen dies.
- Tarifverträge stellen den Rahmen für betriebliche Vereinbarungen dar. Sie bieten Öffnungsklauseln und Verfahrensregeln, die von den Betriebsparteien flexibel genutzt werden können. Betriebliche Regelungen unter dem Niveau der Tarifverträge und ohne Beteiligung der Tarifvertragsparteien lehnen wir ab. Sie sind auch nicht mit der Tarifautonomie vereinbar.

Den Befürwortern einer gesetzlichen Veränderung geht es um die Schwächung von Arbeitnehmerrechten und Gewerkschaften. Über 90 Prozent der Betriebsräte im Organisationsbereich der IG Metall sprechen sich gegen die beabsichtigten Veränderungen des Tarifsystems aus. Dieses Signal der Betroffenen muss auch die Politik zur Kenntnis nehmen.

Eine Änderung des Günstigkeitsprinzips und des Tarifvorrangs würde dazu führen, dass das Lohn- und Gehaltsniveau generell abgesenkt wird. Eine Auseinandersetzung um möglichst geringe Entgelte und abträgliche Arbeitsbedingungen wollen wir nicht führen und können wir nicht gewinnen. Es wird immer Länder mit niedrigeren Entgelten und schlechteren Arbeitsbedingungen geben. Das freie Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt führt nicht zu einem sozialen und ökonomischen Optimum, sondern zu menschenunwürdigen Verhältnissen.

Die Delegierten des 20. ordentlichen Gewerkschaftstages sprechen sich deshalb dafür aus, dass der bestehende rechtliche Rahmen zur Tarifautonomie erhalten bleibt! Wir fordern die Bundesregierung und alle Parteien im deutschen Bundestag auf, die Tarifautonomie nicht zum Element parteipolitischer Taktik verkommen zu lassen.

Hannover, 15. Oktober 2003